



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegfried Kauder
Mitglied des Deutschen Bundestages

Erklärung zur Abstimmung
gemäß § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
zu TOP 35 der Plenardebatte am Freitag, den 29. Mai 2009

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
(Art. 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d): **Drs. 16/12410**
- Entwurf eines Begleitgesetzes zur zweiten Föderalismusreform: **Drs. 16/12400**

Die in den letzten 40 Jahren ununterbrochen ansteigende Staatsverschuldung in Deutschland engt die Handlungsspielräume der öffentlichen Haushalte zusehends ein und bürdet kommenden Generationen finanzielle Lasten auf. Mit einem entsprechenden Regelwerk die Begrenzung der Staatsverschuldung von Bund und Ländern sicher zu stellen, ist demnach ein Gebot der Stunde. Die zur Abstimmung anstehenden Gesetzentwürfe sind geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

In der Öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses zur Föderalismusreform II am 4. Mai 2009 hat aber unter anderem der Sachverständige Prof. Dr. Lange zu recht kritisiert, dass die vorgesehenen Änderungen des Grundgesetzes eine Reihe von Detailregelungen enthalten, die die Frage aufwerfen, ob sie wirklich in eine Verfassung gehören oder nicht vielmehr in einem einfachen Gesetz getroffen werden sollten.

Konkret wurde unter anderem die Einfügung des Artikels 109 Abs. 3 n. F., des Artikels 109 a n. F. und des Artikels 143 d n. F. für unnötig angesehen.

Die Urfassung des Grundgesetzes 1949 enthielt zur Finanzverfassung z. B. den knappen Artikel 109, der aus einem einzigen Satz bestand. Schon in der jetzt geltenden Fassung erstreckt sich Artikel 109 GG über 5 Absätze.

In Artikel 115 Abs. 2 n. F. ließe sich der letzte Satz ersatzlos streichen, zumal der Begriff „angemessener Zeitraum“ ohnehin zu unbestimmt erscheint.

Vieles, dem der Gesetzentwurf Verfassungsrang beimisst, ließe sich in niederrangigem Recht regeln. Das mit 2/3 Mehrheit des Deutschen Bundestages zu verabschiedende Regelwerk bewirkt Festlegungen, die den künftigen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers nahezu unverrückbar einschränken - und dies ohne Notwendigkeit.

Bedauerlicherweise war es auch in den Ausschusssitzungen des Rechtsausschusses nicht möglich, ein Gesamtpaket zu formulieren, das der von Prof. Dr. Lange angemahnten Funktion der Verfassung als Sammlung „möglichst klarer und verständlicher Normen von höchster grundsätzlicher Bedeutung“ Rechnung trägt. Das alles gäbe Anlass, gegen das Gesetzeswerk zu stimmen.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Konstellation sehe ich mich allerdings vor die Wahl gestellt, die von mir kritisierte Änderung des Grundgesetzes mitzutragen oder zu riskieren, dass es auf absehbare Zeit keine wirksame Begrenzung der Staatsverschuldung geben wird.

Das Ziel, die Staatsverschuldung zu beschränken, ist für mich von derart großer Bedeutung, dass ich mich entschlossen habe, meine mit dem Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert geteilten Bedenken gegen die Gesetzesänderung hinter dieses übergeordnete Ziel zu stellen. Dennoch dürfen wir bei künftigen Verlockungen einer Grundgesetzänderung die Gedanken einer puristischeren Ausgestaltung nicht aus den Augen lassen.

Ich stimme mit den vorgebrachten Bedenken der Grundgesetzänderung dennoch zu.

Berlin, den 29. Mai 2009

Dr. Stephan Eisel MdB

Siegfried Kauder MdB

Deutscher Bundestag

Unter den Linden 71

11017 Berlin

Tel: 030 - 227 - 77 088

Fax: 030 - 227 - 76 088

e-mail: stephan.eisel@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: 030 - 227 - 77 016

Fax: 030 - 227 - 76 563

e-mail: siegfried.kauder@bundestag.de